

Dr. Börner Rechtsanwalt

Rechtsanwalt
Dr. Achim- R. Börner
Bernhard-Feilchenfeld-Str. 11
50969 Köln
T. 0221 – 3602 999
F. 0221 – 3602 996
boernerlaw@aol.com
www.boernerlaw.de

15. Juni 2009

Wie Deutschland sich den Weg aus der Wirtschaftskrise strukturell erschwert

- A. Stand der Krisen
- B. Eigene Ursachen und ihre Wirkungen
- C. Strukturelle Hindernisse
 - I. Sekundäre Probleme
 - 1. Steuern
 - 2. Sozialleistungen
 - II. Primäres Problem
 - 1. Wettbewerbsintensität begrenzt Spielräume
 - 2. Strukturvorgaben
 - 3. Ausräumen struktureller Hindernisse

A. Stand der Krisen

Die gegenwärtige Krise besteht aus einer fast überstandenen Banken- und Finanzkrise und einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise.

Die Banken- und Finanzkrise ist fast überstanden.

Die Hypothekenausfälle, die in den USA aufgrund einer laxen Kreditvergabe an Einkommensschwache zu erwarten waren, haben die USA durch öffentliche Stützungsmaßnahmen für das heimische Finanzsystem in der Größenordnung gut ausgeglichen. Allerdings haben i.d.R. nicht die Hypothekenschuldner die Mittel erhalten, sondern die Finanzinstitute, wie es unter den Aspekten Verwendungssicherheit und der Begünstigung nur des eigenen Systems, nicht aber fremder Käufer von *asset-backed securities* sinnvoll war. Abgesehen von der Zeitverzögerung bis zum Greifen der vertrauensbildenden Maßnahmen liegt heute das Problem darin, dass infolge der anschließenden Wirtschaftskrise weitere Kreditnehmergruppen in Gefahr geraten und zugleich die Hauspreise und damit die Sicherheiten auch für die noch gesunden Kredite weiter verfallen sind. Da die Wirtschaftskrise in den USA aber nicht von Dauer sein wird, geht es hier im wesentlichen nur um das Überbrücken des Werteverfalls für eine überschaubar kurze Frist. Eine Änderung der Bilanzierungsregeln dahin, dass statt aktueller, verfallener Marktwerte weiterhin die planmäßig reduzierten Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten angesetzt werden können, schafft ausreichende Abhilfe.

Die Wirtschaftskrise in den USA ist im wesentlichen eine Absatzkrise, die daraus resultiert, dass die Verbraucher in Sorge sind, ihre Konsumschulden nicht ausreichend decken zu können. Dabei müsste, wenn einmal die Abwärtsspirale insbesondere durch entsprechend vorsichtigere, mittelfristigere Bilanzierungsregeln durchbrochen ist, das Vertrauen in das vorhandene Vermögen und sein Wertsteigerungspotential zurückkehren. Zudem gibt es ein ambitioniertes Konjunkturprogramm (780 Mrd. USD), durch das die Verbraucher Geld in die Tasche bekommen; wenn sie es ausgeben, kommt die Wirtschaft wieder in Gang.

Voraussetzung dafür ist, dass die Verunsicherung der Verbraucher bzgl. der Erhaltung ihrer Vermögenswerte und der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und Einkommen endet. Das Ende der Vermögensverunsicherung bedeutet neben der Erneuerung des Vertrauens ins Finanzsystem einschl. der Werthaltigkeit der Altersvorsorge die Abwesenheit plötzlicher, staatlich verursachter Entwertungen, z.B. von Autos durch neue, schärfere Abgasbestimmungen und von Häusern durch neue Anforderungen an die Energieeffizienz. Das Ende der Einkommensverunsicherung bedeutet, dass das Vertrauen in die Umstrukturierung betrieblicher Einheiten durch den Markt und d.h. in einen funktionierenden Markt für Wertschöpfungskombinationen (einschl. Güter, Arbeit, Teilbetriebe und Betriebe) wiederhergestellt werden muss. Hier hilft das große Konjunkturprogramm, das vor allem deflationären Tendenzen und Emotionen entgegenwirkt.

Die Hauptaufgabe der Federal Reserve wird es sein, durch billiges Geld die konjunkturellen Maßnahmen zu flankieren und dann das billige Geld den Märkten wieder so sachte zu entziehen, dass die aufgeblähte Geldmenge mit der sich erhöhenden Umlaufgeschwindigkeit keine Inflation auslöst.

In GB läuft eine parallele Wirtschafts- und Geldpolitik, liegen die Verhältnisse aber auch wohl etwas schwieriger als in den USA, weil beharrende Ausgleichsmassen fehlen, die von Finanz- und Wirtschaftskrise nicht betroffen sind und der schwächelnde Finanzsektor im Bruttosozialprodukt einen viel größeren Stellenwert hat (ein Drittel!).

Im Euro-Raum haben die Regierungen und die EZB mit Garantien und Geldpolitik einen Kollaps des Finanzsystems verhindert, indem sie im wesentlichen den US-Maßnahmen folgten. Auslöser waren die Wertminderungen und die Ausfälle bzgl. der angekauften US *asset-backed securities*. Hinzu kamen aber hohe eigene Kreditausfälle, insbesondere in den überhitzten Immobilienwirtschaften des europäischen Südens und in der faillierenden Realwirtschaft des europäischen Zentrums. Dort haben alle seit dem Frühjahr 2008 nur auf die "endlich" im September 2009 offenbar gewordene "Finanzkrise" gewartet, um auf sie ihre hausgemachten Absatzschwächen zurückzuführen und mit den USA einen auswärtigen und damit schlecht greifbaren Schuldigen präsentieren zu können.

B. Eigene Ursachen und ihre Wirkungen

Eine hausgemachte Ursache war die übereilte politische Reaktion auf die Klimahysterie. Immer neue Verschärfungen zum Ausstoß des inerten CO₂ durch Reduzierung der Mengen in den Nationalen Allokationsplänen betreffend die maximal verfügbaren CO₂-Mengen für die Industrien, die am Emissionshandel teilnehmen, werden absehbar den Strom und die Grundprodukte verteuern. Verschärfungen der Abgaswerte für Autos (Diesel-Rußfilter, Euro 4 und 5, Durchfahrtverbote) haben die Altfahrzeuge entwertet und lassen die Neufahrzeuge aufwendiger und teurer werden. Gleiches gilt für die erhöhte Beimengung von Biosprit in unverträglichen Mengen (10 bzw. 15 %). Ähnlich ist es bei den Gebäuden: Energieausweise und Nachrüstpflichten mit der Sanktion von Mietkürzungen und ausfallenden Nebenkostenerstattungen verursachen teuren Nachrüstbedarf und entwerten so den Bestand. Zugleich erfolgten die Verschärfungen in immer schnellerer Reihenfolge, so dass sich der kluge Verbraucher sagte, er solle mit teuren Anschaffungen besser abwarten, bis die Anforderungen nachhaltig geklärt seien und wieder Investitionssicherheit bestehe.

Hinzu kam jedenfalls in D eine tiefgreifende Umstrukturierung des gesamten Wirtschaftslebens ("Reformen" der rot-grünen Periode und ihre Fortsetzung unter schwarz-rot), die die Menschen verunsicherte ("Hartz IV"; angeblich unzulängliches Umlagesystem der Renten, das zwar die heutigen Renten sicher sein lässt, auskömmliche künftige aber angeblich nur durch zusätzliche private Ansparung ermöglicht; Defizite in allen sozialen Kassen einschl. Gesundheitssystem, dort mit diskriminierenden Leistungskürzungen). Die verunsicherten Menschen erhöhten ihre Spar- und Vorsorgequoten (Riester-Rente u.a.), nur um in der Finanzkrise die Verluste der Spargelder zu sehen.

In dieser prekären Situation nachhaltig enttäuschten Vertrauens aller Wirtschaftsteilnehmer hat Deutschland ein sehr kleines Konjunkturprogramm (Programm II knappe, weil teilweise mit doppelt gezählten Posten aufgefüllte 50 Mrd. EUR für zwei Jahre) aufgelegt und hofft, durch Exporte wieder in Gang zu kommen; dies, obwohl die ausländische Nachfrage im wesentlichen durch ausländische Konjunkturprogramme angeregt sein wird und die Regierung obendrein panisch versichert, man werde sorgfältig darauf achten, dass öffentliche Sanierungsgelder z.B. für Opel nicht ins benachbarte Ausland (mit seinen GM-Standorten) oder gar an die US-Muttergesellschaft und damit in die USA fließen.

Die zögerliche Haltung Deutschlands wird den Euro in die Zerreißprobe bringen, denn unterschiedliche Wirtschaftspolitiken bei einheitlicher Geldpolitik vertragen sich nicht. Während die EZB mit ihrem ersten 60 Mrd. EUR Ankaufsprogramm und die gegenwärtige Deflation in Deutschland in einem inflationären Umfeld bereits jetzt anstelle eines überregionalen Finanzausgleichs wirken, werden die Defizitländer letztlich - zum Zwecke der Restabilisierung des Geldwertes - mit deutschen Sparguthaben saniert, notfalls über einen von der (deutschen) öffentlichen Hand finanzierten *bail-out*.

C. Strukturelle Hindernisse

Zugleich droht das Konjunkturprogramm seinen Effekt in strukturellen Hindernissen zu verlieren. Hier liegen die wesentlichen Ursachen für die Wirtschaftskrise, und bevor sie nicht definiert und behoben werden, kommt Deutschland auch nicht aus eigener Kraft wieder in die Gänge, allenfalls über die exportwirtschaftlichen, d.h. monetär importierten Antriebskräfte mühsam ins Rollen.

Die Problematik entfaltet sich wie folgt:

A. Sekundäre Probleme

Sekundäre Probleme sind Steuern und Sozialabgaben. Hier geht es nur um eine auskömmliche und möglichst gesteigerte Effizienz der damit erbrachten (Gegen-)Leistungen.

1. Steuern

Die Frage des Steuersatzes und des Steuersystems haben außerhalb reiner Psychologie keine entscheidende Bedeutung für die realwirtschaftliche Erholung.

Zum einen unterscheiden sich die Staaten in der Bemessungsgrundlage, so dass infolge unterschiedlicher Erfassung und unterschiedlicher Abzüge die Bemessungsgrundlage teils größer, teils kleiner ist. Auf die Bemessungsgrundlage wird dann der Steuersatz angewendet, regelmäßig auf eine kleinere Bemessungsgrundlage ein höherer Steuersatz und umgekehrt. Durch die Multiplikation bleibt dann trotz der anderen Faktorenbildung das Steueraufkommen ähnlich.

Mit der Erfassung einer breiteren Basis wird eine Wirtschafts- und Sozialsteuerung über die Abzugsposten (z.B. für haushaltsnahe Dienstleistungen) zur Bildung der Bemessungsgrundlage oder ein optisch niedriger Steuersatz ermöglicht. Ein höherer Steuersatz lässt sich leichter spreizen (z.B. Ehegattensplitting, Familienboni).

Ob die Stellschrauben der Faktorenbildung politisch richtig eingestellt sind, ist im Rahmen des jeweiligen Systems zu entscheiden und eine Frage des Einzelfalls.

Für Investitionen von Unternehmen und Privaten ist nur das Netto-Ergebnis entscheidend, aus dem sich die Netto-Rendite als Arbeits- und Wagnishonorar ergibt. Das Netto-Ergebnis steht nicht für sich allein, sondern bewertet sich aus dem Umfeld.

So kommt es z.B. bei Privaten darauf an, ob eine gute Ausbildung der Kinder aus dem Netto-Ergebnis zu finanzieren oder bereits staatlich getragen ist; ändert sich die Gesellschaft in eine Single-Gesellschaft, so ändert sich auch die Wertigkeit der vom Staat bereitgestellten Vorteile und bedarf es einer Modifizierung, um den Anreiz aus dem Netto-Ergebnis zu sichern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich aktuell die Frage, ob die neue Spreizung im Rahmen der Erbschaftsteuerklassen (Kinder v. Geschwisterkinder v. Patchwork-Kinder) gerechtfertigt ist oder eine vermeintliche Kernfamilienpräponderanz nicht doch eher formaler oder vordergründiger Art ist.

Für Unternehmen ist das Wagnis wichtig: Netto-Ergebnisse mit geringerem Wagniseinsatz sind auch bei kleinerer Rendite attraktiv.

Ein einfaches Beispiel: Garantiert der Staat rechtliche Sicherheit (Rechtsstaatlichkeit) und faktische Sicherheit (staatliche Polizei), entfallen Ausgabenposten, sinkt der Wagnisaufwand und verstetigt sich die Rendite.

Damit entpuppt sich die Steuerpolitik als Feinmechanik, die für grobe, emotionale und einseitige Argumente nicht geeignet ist. Wenn die Politik aufkommensneutrale Systemwechsel vornimmt, dann im Grunde nur aus optischen Gründen und trotz der mit dem Wechsel für alle verbundenen Kosten, etwa nach dem Motto: Tue etwas Großes und gib allen das Gefühl von Aktivität, aber ändere nichts.

2. Sozialleistungen

Ähnlich verhält es sich mit den Sozialleistungen. Sie sind ebenfalls wagnis- und ergebnis-relevant und komplementieren die Steuerpolitik. Ob das Ergebnis über den Staat, seine Kassen oder private Substitute finanziert wird, ist vor allem eine Frage organisatorischer Effizienz-anreize. Dagegen ist das Ergebnis selbst bzw. die Ergebnisspreizung von hoher gesellschaftlicher Relevanz: Wollen wir Mitmenschen den Sozialstatus am Gebiss oder an der Brille oder

sonstwie äußerlich ablesen? Meinen wir, ein Arbeitseinsatz lohne im Vergleich zur Arbeitslosigkeit zu wenig? Die Übergänge zur Gesellschaftspolitik sind fließend: Sind die Symbole, mit denen einige ihren Erfolg belohnen, zu protzig (z.B. Privatjet) oder zu wenig gemeinschaftsbezogen (z.B. statt Auslandsdomizil Zeichnungszwang für Staatsanleihen)? Oder fundamentaler: Verdienen einige zu viel? Der Neidansatz führt hier zur Entmutigung von Initiative und damit in eine gesellschaftliche Selbstbeschränkung. Kein Motor läuft ohne Benzin, keine Wirtschaft ohne Boni.

B. Primäres Problem

Ein ganz zentraler Punkt ergibt sich - vordergründig - aus "der Globalisierung".

1. Wettbewerbsintensität begrenzt Spielräume

Die Globalisierung führt dazu, dass es für alle Produkte Preisobergrenzen gibt, die international durch die Kosten für Herstellung, Transport und Vertrieb in international zusammengesetzten, sog. Faktorketten bestimmt werden. Neue Erfindungen und Trendprodukte sind temporäre Ausreißer.

Damit ergibt sich ein erheblicher Wettbewerbsdruck, der die Margen begrenzt. Aber auch in nicht-globalisierten Märkten kommt es in den entwickelten Volkswirtschaften durch die Verfügbarkeit von Kapital und Bildung zu hohem Wettbewerbsdruck.

Mit der Reduzierung der Margen sinkt die Kapitalschöpfung und damit die Wachstumsrate. Die Globalisierung bedeutet, dass sich vor allem Herstellung und Transport, d.h. die damit verbundene Arbeit nebst Entgelt ins Ausland verlagern; die Mobilität von Arbeitern führt ebenfalls zum Import von Arbeit. Ein Ausgleich für das Abwandern von Arbeit kann nur über den Export von Kapital und (anderen) Rechten geschaffen werden, wobei auch diese Exporte im globalen Wettbewerb stehen und damit ihre Renditen sinken.

Unter der Voraussetzung einer annähernd statischen Nachfrage nach Gütern und Leistungen (Inlandsverbrauch) bedeutet dies eine durch Globalisierungsverlagerungen gefährdete maximale Inlandsleistung, gemessen in geleisteten Arbeitsstunden und ihrem Entgelt. Die geleisteten Arbeitsstunden bestehen aus entgeltlicher Arbeit und unentgeltlicher Arbeit (Familienleistungen, ehrenamtliche Leistungen). Monetarisiert man die unentgeltliche Arbeit wächst zwar statistisch das Brutto-Inlandsprodukt, aber real bleibt es gleich.

In grober Betrachtung bedeutet das: Die entgeltliche und die unentgeltliche Arbeit teilen sich in das verfügbare Gesamtentgelt. Die entgeltliche Arbeit muss billiger werden, damit die unentgeltliche entlohnt werden kann. Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft verändert die Geldverteilung, bleibt aber insgesamt ein Nullsummenspiel.

Vorher gab es einen gut entlohnten Fabrikarbeiter als Ernährer der Familie. Mit dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft wird die unveränderte Arbeit der Hausfrau in Haushalt, Pflege und Erziehung monetarisiert, ohne dass die reale Wertschöpfung zunimmt. Der bisherige Ernährer der Familie kann sich die nun fälligen Entgelte nicht leisten. Das ihm zurechenbare Entgelt muss sinken, damit die anderen (Vor-)Leistungen abgegolten werden können.

Das Problem ist, dass das Gesamteinkommen der Volkswirtschaft nicht ausreicht, um die zuvor unentgeltliche Arbeit voll, d.h. *at arm's length*, abzugelten. Daher sind alle Sozialkassen chronisch defizitär.

Dieses Grundproblem ist so gewaltig, dass weitere Nuancierungen nichts ändern:

1. Natürlich ist der Gesamtbedarf einer Volkswirtschaft nicht statisch, aber der Zuwachs im Inlandsverbrauch ist marginal, weil infolge der Globalisierung überwiegend in Substituten. Der Inlandsbedarf an Vorerzeugnissen für Exporte hängt an der Exportwirtschaft und ist im Grunde ein durchlaufender Posten; nur der Wertzuwachs zwischen Import und Export geht in die Inlandswertschöpfung mit ein.

2. Natürlich ist die Geldmenge nicht statisch und bedeutet der Einkauf von Dienstleistungen eine Erhöhung der Geschwindigkeit des Geldumlaufs. Tatsache aber bleibt, dass ein jeder nur Vorleistungen für seine Leistung einkauft und mit der Monetarisierung sämtlicher Vorleistungen der Aufwand für die eigene Leistung deren Wert übersteigen kann, und dies um so eher, je stärker die Leistung im Wettbewerb steht und daher ihr Preis an die Obergrenze stößt.

3. Nicht alle Dienstleistungen sind Vorleistungen. Es gibt auch Dienstleistungen, die als Endleistungen exportiert werden (z.B. Computerspiele, Filme, Leistungen an ausländische Touristen, Deckung durch Versicherer und Rückversicherer) und damit das Inlandseinkommen erhöhen. Aber im Grunde sind dies eher Ausnahmen; die Mehrzahl der Dienste wird im Inland verbraucht:

Verwaltung, Sicherheit und Ordnung, Erziehung und Ausbildung, Gesundheits- und Sozialwesen einschl. Alten- und Krankenfürsorge, kulturelle Leistungen, Hilfsdienste des täglichen Bedarfs, alles jeweils im weitesten Sinne.

4. Die Monetarisierung macht zwar den Wert der Dienstleistungen sichtbar und führt dazu, dass ein jeder nach seiner lukrativsten Beschäftigung strebt. Im Effekt setzt das Kräfte für die Produktion neuer Leistungen frei. Aber die meisten dieser Leistungen stehen in einer zumindest funktionalen Substitution und führen damit allenfalls zu einer Umschichtung, nicht aber zu wirklich zusätzlichem Verbrauch.

So mag ein neues Computerspiel ein altes oder einen Film ersetzen, aber damit steigen die für diese Art der Zerstreuung verwendeten Mittel nicht oder werden durch Freisetzung aus anderem Verbrauch gewonnen.

5. Natürlich bewirkt der internationale Austausch eine Vermehrung des Wohlstands, d.h. des Güter- und Leistungsverbrauchs. Aber im Grunde bleibt es langfristig wie in einer Zweierbeziehung: Der eine wächst mit dem anderen. Durch Multipolarität kommt es zu wenig vorhersehbaren Verlagerungseffekten (Wachstumsdiskrepanzen) und zeitlichen Effektstreckungen, aber letztlich wird ein einseitiges oder vielseitiges Wachstum auf Kosten faillierender Systeme nicht möglich sein. Die gegenwärtige Krise zeigt es für den Euro-Raum, und weltwirtschaftlich liegen die Dinge auch nicht viel anders, vielmehr nur in größerer zeitlicher Dimension.

Das bedeutet in Konsequenz:

Das volkswirtschaftliche Gesamteinkommen hat eine flexible Obergrenze. Der Verbrauch aller Vorleistungen, die zur Erzielung dieses Volumens erforderlich sind, lässt sich daraus nicht bezahlen.

Alle Anstrengungen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und Kassen haben nur ephemere Effekte. Eher über kurz als über lang holt die Realität sämtliche Spar- und Effizienzbemühungen ein.

Das ist nicht nur bei uns so, das ist weltweit so. Wenn man einmal annimmt, dass nicht weltweit alle völlig blöd sind, dann muss man daraus grundlegende Folgerungen ziehen.

2. Strukturvorgaben

Doch vor übereilten Schlüssen sind weitere Punkte zu beachten, die oft in ideologischer Verblendung übersehen werden:

1. Neid, Umverteilung und Zuteilungswirtschaft jeglicher Art führt in Beharren und Stagnation. Ohne ausreichende Anreize für Wagnisübernahme und Kreativität werden die Dinge nur schlechter, nicht besser.

Alle Regeln sind darauf zu prüfen, ob sie die nachhaltige Offenheit des Systems garantieren.

2. Regulierungen und Strangulierungen bremsen. Wer den Finanzsektoren hohe Eigenkapitalquoten und Sicherungen aufzwingt, verteuert die Finanzprodukte. Je sicherer, je teurer. Jede Verteuerung behindert die Übernahme von Wagnissen und die Erzielung und Umsetzung von Kreativität.

Alle Regeln, die die Offenheit des Systems begrenzen, sind darauf zu überprüfen, ob sie unabdingbar notwendig und systemgerecht sind. Zwecke, die Schranken auslösen, sind nach ihrer Wertigkeit zu ordnen, die Schranken nach dieser Wertigkeit zu gestalten.

3. Die Globalisierung erweitert das Spielfeld geographisch und zeitlich.

Je größer das Spielfeld, um so mehr Platz für Spieler; je mehr Spieler, um so mannigfaltiger die Spielzüge, die Chancen und die Risiken.

Nur wer am Ende des Spiels noch gesund ist, kann beim nächsten Spiel dabei sein. Rabauken haben anfangs begrenzte Vorteile, später dauerhafte Nachteile.

Die Arbeit an und mit den Regeln des globalen Spiels ist daher von höchster Priorität. Die Regeln betreffen einerseits Güter und Leistungen, andererseits die Währungen.

4. Die Folgerungen müssen von einer Art sein, die den Wettbewerb der Systeme in der Globalisierung bejaht. Unsere Folgerungen sind darauf zu beschränken, unsere Volkswirtschaft und ihr System global wettbewerbsfähig zu halten und in der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

6. Hoch wettbewerbliche Volkswirtschaften sind auf einem Effizienzpfad, der in einer globalisierten Welt hilft. Ein solcher Pfad darf nicht gefährdet werden.

7. Hoch wettbewerbliche Volkswirtschaften sind hoch integriert. Die Leistungsketten aus Vorleistungen jeglicher Art bis zum Produkt, das auf den globalen Märkten besteht, sind zwar ein bilanziell nicht erfasster Integrationsaufwand, aber dennoch unverzichtbare Voraussetzung für Effizienz und damit von hohem Wert. Diese Werte gilt es zu erhalten, nicht unbedingt in ihrer Form und aktuellen Ausgestaltung, aber in ihrer Funktionsweise. Dazu müssen vor allem die Schnittstellen in Definition und Definierbarkeit stimmen. Je nach Kombination müssen die Bausteine aneinander passen bzw. aneinander passen können. Dies ist das Ergebnis eines wettbewerblchen Entdeckungsverfahrens, d.h. von *trial and error*.

Alle Regeln zur Einengung des *trial and error* - Prinzips und zur Definierbarkeit von Schnittstellen sind auf Notwendigkeit und Kosteneffizienz zu prüfen. Alle Regeln zur Desintegration von Wertschöpfungsketten gehören auf den Prüfstand.

3. Ausräumen struktureller Hindernisse

Die Schlussfolgerungen auf dieser Grundlage sind im Kern politischer Art. Dennoch ergeben sich einige logische Deduktionen struktureller Art, die die politische Entscheidung begrenzen sollten.

Gewinn fällt nur in den Grenzen der Wettbewerbspreise für Endprodukte an. Die Herstellung der Endprodukte erfolgt im privaten Sektor, und demzufolge trifft dort das gesamte Gewinnvolumen ein. Nun gibt es tendenziell zwei Möglichkeiten: Die Gewinnmarge kann konzentriert werden in der Endproduktion oder verteilt werden auf die Endproduktion und ihre Zulieferungen.

a) Die privaten Vorlieferungen werden grundsätzlich als Kosten anerkannt und vor den Gewinnsteuern bedient. Aber es gibt auch gewinnunabhängige Steuern, insbesondere die auf den Umsatz, das Vermögen (einschl. des gewinnunabhängigen Teils der Gewerbesteuer) und den Verbrauch. Mit diesen Steuern kommt der Staat regelmäßig vor den privaten Vorlieferanten zum Zuge. Eine klar zuordenbare Gegenleistung des Staates für diese Belastung fehlt; die so finanzierten Gegenleistungen müssten Vorrang vor den privaten Vorlieferungen und vor den gewinnabhängig finanzierten Staatsausgaben haben, so dass die Rechtfertigung dieser Belastungen transparent wird.

b) Durch Privatisierung zieht sich der Staat aus Aufgaben zurück. Privatisierung bedeutet, dass statt limitierten Vollkostenpreisen nun freie Preise realisiert werden. Ohne Vollkostendeckung gibt es keine nachhaltige Produktion. Die freien Preise sind somit nur gleich oder niedriger, wenn durch Effizienzgewinne Kosteneinsparungen erzielt werden, die mindestens das Privatisierungswagnis, ob ausreichende Effizienzgewinne eintreten, angemessen honorieren und dann möglichst noch einen Anteil für die Preissenkung zugunsten des Verbrauchers decken. Ob bei ordnungsgemäßer staatlicher Aufgabenerfüllung solche Kostenspielräume zur Einsparung zur Verfügung stehen, ist grundsätzlich fraglich; im Einzelfall mag das so sein, über alles betrachtet jedoch eher nicht, und zwar deshalb nicht, weil - jedenfalls bei uns - die Beschäftigten der öffentlichen Hand weder dumm noch gar rechtswidrig handeln.

Der Trend läuft also in Richtung der Verstaatlichung von Vorleistungen (einschl. Rekommunalisierung), damit wenigstens in einem konzentrierten privaten Sektor die für ihn erforderliche Gewinnerzielung möglich ist.

Die bisherige Tendenz zur Privatisierung dagegen ist *grosso modo* kontraproduktiv, weil sie nur unzureichende Effizienzgewinne realisieren kann und mit den dann höheren Preisen den privaten Kernsektor eher schwächt.

c) Gemeinwirtschaftliche Aufgaben sind dadurch gekennzeichnet, dass sie in dauerhafter Leistungsbereitschaft erbracht werden müssen. Mit der gesicherten Leistungserbringung sind Knappheitspreise und die daraus folgende Angebotszyklik ausgeschlossen. Der Mengenwettbewerb fällt also aus; nur in einigen Sektoren ist ein Qualitätswettbewerb (oberhalb eines Mindeststandards) möglich. Ein Preiswettbewerb ist ausgeschlossen, da er die geographische Abdeckung des Leistungsangebots verzerren bzw. aufgeben würde. In Betracht kommen nur Preise auf Vollkostenbasis; dies gilt auch, soweit sie über staatliche Beihilfen für die Verbraucher erschwinglich gemacht werden.

Mit der Einführung von Mengen- und ggf. Qualitätswettbewerb tritt neben das Effizienzrisiko noch ein Absatzrisiko, so dass die Vollkosten steigen; das erhöhte unternehmerische Wagnis muss angemessen bedient werden. Mit Erhöhung der Vollkosten steigen die kostendeckenden Preise.

Die Liberalisierung gemeinwirtschaftlicher Leistungen führt zu deren Verteuerung, zumal wenn neue, zusätzliche Effizienzen nicht erzielbar sind oder nicht erzielt werden. Die Verteuerung dieser Vorleistungen schmälert die für den privaten Sektor verfügbare Marge.

Der Trend muss somit zur Ausweitung gemeinwirtschaftlicher Leistungen führen.

So hat schon die Zeit der Krisenlatenz vor dem Herbst 2008 die Funktion der Sparkassen verdeutlicht.

Die Fehleinschätzung der konjunkturellen Entwicklung für 2009 hat dazu geführt, dass die liberalisierten Energiesektoren frühzeitig Strom- und Gasmengen eingekauft haben, die sie heute nicht absetzen können. Das wird auf längere Zeit entweder auf breiter Front die Preise verteuern oder selektiv den Trägergemeinden die Gelder für öffentliche Zwecke vorenthalten bzw. sogar Nachfinanzierungsbedarf auslösen. Früher gab es Monopolabsatzgebiete, so dass die Ortsversorger aktuelle Risiken auf die Erzeuger verlagern und sich aus großindustriellen Geschäften heraushalten konnten.

Die Liberalisierung der Daseinsvorsorge erweist sich somit als teurer Irrweg. Die damit verbundenen Risiken privat zu finanzieren, ist schlicht zu teuer. Das liegt daran, dass das Risiko zwar in seiner Gesamtheit gleich groß bleibt, sich aber infolge der Privatisierung bei einzelnen Teilnehmern bündeln und diese aus dem Wettbewerb werfen kann; die führt zu einer erhöhten Gefahrenperzeption und zum Erfordernis einer erhöhten Wagnisabgeltung für den Unternehmer bzw. Kapitalgeber.

Die Bahn kann nicht einerseits verkehrstechnische Strukturaufgaben (z.B. zur großen Verlagerung von Fracht- und Personentransporten auf die Schiene, vgl. Marco-Polo-Programm der EU) bewältigen, andererseits lukrative Strecken durch Privatisierung bzw. Wettbewerb verlieren und dann auch noch durch materielle Privatisierung in noch höhere Vollkosten gezwungen werden.

Aus denselben Gründen wie die Gemeinwirtschaft liegen während der Krise voll im Trend die Genossenschaften (z.B. Raiffeisenbanken, Maschinenringe). Ihre Gewinnbegrenzung (bzw. die funktionsidentische Warenrückvergütung) ermöglicht Einkäufe zu Kosten; sie sind noch finanzierbar und weiten den Markt aus, mitunter verdrängen sie die teuren Angebote zu Wettbewerbspreisen (z.B. im Wohnungsbau).

d) Die Monetarisierung von Dienstleistungen, die früher umsonst erbracht wurden, führt dazu, dass vor allem die sozialen Aufgabenbereiche (Gesundheitswesen, Betreuung von Kindern, Alten und anderen Hilfsbedürftigen, aber auch Versorgung durch Alters- und Schicksalsrenten) schlicht nicht mehr bezahlbar sind. Soweit man nicht durch Anreize die ehrenamtliche oder karitative Erledigung forciert, kann die Lösung nur darin liegen, dass die Aufgaben auf die Deckung eines minimalen Grundbedarfs reduziert werden und alles Weitergehende gesondert bzw. privat finanziert wird, notfalls durch individuellen Verzicht auf andere Mittelverwendungen.

Beispiele: Schulen und Jugendeinrichtungen sind kein Reparaturbetrieb für die Folgen schlechter Elternhäuser. Frauenhäuser und Suchtberatungen sind eher karitative Aufgaben. Der Verbraucherschutz kann ausgedünnt werden. Angesichts des Erfolges privater Medien sind die staatlichen Medien überdimensioniert. Private Stellen könnten stärker in die Deckung des Gesundheitsbedarfs eingebunden werden (z.B. durch Auftragsübernahmen, Spezialisierungen).

e) Hoch kompetitive Volkswirtschaften sind eng vernetzt und d.h. hoch organisiert. Jede Umorganisation verursacht sofortige Kosten, die nur durch künftige Effizienzgewinne aus Neuorganisation gedeckt werden können.

Die Auflösung der Organisation vernichtet Werte, meist ohne den Wettbewerb zu verstärken. Strukturbrüche, wie sie die Liberalisierung von Sektoren bewirkte, sind daher möglichst zu vermeiden.

Die Errichtung neuer Strukturen (z.B. neuer Sonderbeauftragter in den Unternehmen, neuer Überwachungen und neuer Wege zu Bewältigung bekannter Probleme) bedeutet neue Kosten und eine Erhöhung der Kosten von Umstrukturierungen, also neue Inflexibilitäten. Alle gesetzlichen Anforderungen an die Unternehmen

(insbesondere z.B. Monitoring-Berichtswesen anstelle von direkter Überwachung, Anreize zu Auftragsvergaben anstelle von Erledigung durch eigene Leute oder Investitionen)

und die Bürger

(insbesondere die stille Verlagerung von Aufgaben und Kosten durch Indienstnahme Privater, z.B. auch durch Wartezeiten und automatisierte Anfragen; vgl. dagegen das neue Projekt Rufnummer 115)

sind daher auf Notwendigkeit und Effizienz zu prüfen.

f) Schließlich und wichtigstens ist darauf hinzuweisen, dass eine vernetzte Volkswirtschaft auf dem Vertrauen aller Teilnehmer beruht. Dem stehen heute die Megatrends der Feindlichkeit gegenüber Technik und Hochtechnologie sowie des Argwohns unlauterer Motivation entgegen. Transparenz der Vorgänge und Schulung der Akteure und ihrer Begleiter sind wichtige Gegenmittel. Aber es gehört auch dazu, dass Verteuerungen unterbleiben, die aus übergroßer Rücksicht auf die Befindlichkeiten von Randgruppen und Marginalinteressen resultieren. Dies hat aber eher eine untergeordnete Bedeutung angesichts der hohen Kosten, die der (Wieder-) Aufbau von Vertrauen erfordert.

Insgesamt zeigt die Betrachtung, dass über einer Vielzahl von Einzelaspekten und Einzelfällen in der Politik oft der Blick für die Strukturen verstellt ist, von denen das Wohlergehen der Wirtschaft abhängt. Genauere Analysen der volkswirtschaftlichen Strukturen und der sich wandelnden Anforderungen einer globalisierten Welt sind wichtiger als der in den Gesetzesbegründungen institutionalisierte Schrecken vor öffentlichen Kosten oder einer Ausweitung öffentlicher Aufgaben. Über die die nationalökonomische Analyse immer noch bestimmende Antinomie von Kapital und Arbeit sind wir schon lange hinaus und leben in einer viel komplexeren Welt.